

Paul Starzmann

## Verdrängte Verbrechen

### Deutschland und seine Kolonialvergangenheit in Afrika

Die Feldzüge deutscher Kolonialtruppen in Ostafrika hinterließen vor über 100 Jahren geplünderte Dörfer, verwüstete Landstriche und unzählige Tote. In Politik und Gesellschaft werden diese Verbrechen heute nur selten thematisiert, eine politische Aufarbeitung der einstigen Menschenrechtsverletzungen findet kaum statt. Im Gegenteil: Noch heute ehren Denkmäler und Straßennamen die Täter von einst, die Opfer dagegen werden vergessen. Warum fällt es so schwer, sich der Verantwortung zu stellen?

Die heutigen Beziehungen zwischen Deutschland und Tansania sind gut. Viele deutsche Touristen schätzen das Land am Indischen Ozean für seine Strände und Nationalparks, der ostafrikanische Staat ist Kooperationspartner der Bundesrepublik in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die gemeinsame Geschichte scheint dabei fast verdrängt: Als Bundespräsident Joachim Gauck im Februar 2015 nach Tansania reiste, gab er der Presse gegenüber bekannt, man habe bei den bilateralen Gesprächen die »dunklen Seiten des Verhältnisses« beider Länder ausgeklammert. Lediglich in einem kurzen Satz erwähnte Gauck, dass er sich der schwierigen Historie bewusst sei. Zu den dunkelsten Ereignissen zählt der Maji-Maji-Krieg (1905-1907), in dem die deutsche Kolonialmacht auf dem heutigen Staatsgebiet Tansanias eine Strategie der verbrannten Erde verfolgte und Abertausende Menschen gezielt in den Hungertod trieb. Unvorstellbar, würde ein ranghoher deutscher Politiker heute ins europäische Ausland fahren und nicht stärker auf solch traumatische Ereignisse Bezug nehmen.

Afrika ist für viele immer noch eine Art Terra incognita und schafft es nur selten auf die Agenda der bundesdeutschen Politik, allenfalls unter wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten. Die Staaten Afrikas gelten vielen in der Politik als bedeutungslos, werden oft nicht ernst genommen und als ewige Krisenländer betrachtet. Hinzukommt eine Politik des Westens, die durch Handelsbestimmungen die Wirtschaft im globalen Süden an der kurzen Leine hält. Von der viel beschworenen Augenhöhe im Verhältnis zwischen Deutschland und den Staaten Afrikas sind wir weit entfernt.

Unser Bild des Kontinents ist immer noch von vielen Vorurteilen – der »dunkle Erdteil« voller Elend, Chaos und Krieg – und Klischees – unberührte Natur, wilde Tiere, einfache Menschen – geprägt. Die Kolonialzeit wird gerne verklärt: Der Kolonialismus habe doch auch Positives gebracht, Missionare, Forscher und Kolonialbeamte hätten aus edlen Motiven gehandelt. Die deutsche Kolonialzeit sei ja recht kurz gewesen, außerdem hätten die anderen europäischen Mächte doch auch Verbrechen begangen, und überhaupt habe Deutschland mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus schon genug zu tun. Die Art des Umgangs mit dem Thema schwankt oft zwischen Vorurteilen und Gleichgültigkeit, zum Teil reicht er gar bis zum Geschichtsrevisionismus.

Vor allem in rechtskonservativen Kreisen sammeln sich heute noch Kolonialromantiker, die das Andenken an »unseren Platz an der Sonne« hochhalten. In Internetforen finden sich Militärenthusiasten zusammen auf der Suche nach alten Abzeichen und Fahnen der sogenannten »Schutztruppen«. Eine wichtige Rolle in dieser Szene spielte lange Zeit der Verein »Hilfskomitee Südliches Afrika«. Was wie eine humanitäre Organisation klingt ist in Wirklichkeit ein Zusammenschluss aus der alten und der neuen Rechten, ursprünglich von Unterstützern des Apartheid-Regimes gegründet. Zu

den Mitgliedern zählten bisher NPD-Funktionäre genauso wie CSU-Bundestagsabgeordnete.

In einigen rechten Zirkeln gibt es einschlägige Schriften und Seminare zur deutschen Kolonialvergangenheit oder Spendensammlungen zur Unterstützung des »Deutschtums« in Afrika. Vielleicht ist es hier einfacher, ungestört Geschichtsrevisionismus zu betreiben, weil Politik und Zivilgesellschaft kaum darauf achten. So versuchen die Kolonialromantiker, die Deutungshoheit zu erlangen.

Ihre Positionen schlagen sich zum Teil in der deutschen Kommunalpolitik nieder: Aktivisten der Black Community bemühen sich seit vielen Jahren, eine Straße in Berlin-Mitte umzubenennen, die bis heute offiziell »Mohrenstraße« heißt. Es wäre ein Signal, dass rassistische Bezeichnungen im öffentlichen Raum der Hauptstadt keinen Platz mehr haben. Gegen einen Namenswechsel kommt allerdings Widerstand von konservativen Anwohnern, die für sich beanspruchen, das M-Wort sei nicht rassistisch gemeint. Auch Straßennamen, mit denen die einstigen Kolonialverbrecher geehrt werden, wollen die weißen Wutbürger beibehalten. Das Empfinden der Angehörigen der Opfer steht für sie im Hintergrund. Die CDU im Bezirk Mitte schreibt sich diese Einstellung sogar auf die Fahnen: »Gegen Straßenumbenennungen im Afrikanischen Viertel« hieß es im Berliner Kommunalwahlkampf 2011 auf den Plakaten der Union.

Die Debatte um koloniale Straßennamen, von Vereinen und Initiativen angeregt, hat an einigen Orten in Deutschland bewirkt, dass Bürger/innen und Politik beginnen, sich mit der Kolonialvergangenheit auseinanderzusetzen. Einen außenpolitischen Anfang machte im August 2004 die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul in Namibia: In einer Rede bat sie um Vergebung für die genau 100 Jahre zuvor von Deutschen in der Kolonie »Südwest« begangenen Verbrechen an den Herero. Die rot-grüne Bundesregierung erklärte die Äußerungen kurz darauf jedoch zur Privatmeinung der Ministerin, eine offizielle Entschuldigung lehnte man ab.

Noch heute lagern die Schädel und Gebeine vieler in den Kolonien getöteter Afrikaner in deutschen Museen. Deutsche Offiziere hatten im Krieg gegen die Herero (1904-1905) die Frauen der Toten gezwungen, deren Schädel mit Glasscherben vom Fleisch zu befreien, um diese nach Deutschland zu verschiffen, wo sie von sogenannten »Rasseforschern« untersucht wurden. Heute fordern die Hinterbliebenen die Rückführung, ihre Vertreter wurden in Deutschland teils abgewiesen, namibische Delegationen von der ehemaligen schwarz-gelben Bundesregierung mitunter ignoriert.

Die Politik ist seither bei der Anerkennung der deutschen Schuld einen Schritt vorangekommen. Mittlerweile wehrt sich das Auswärtige Amt nicht mehr dagegen, die Massaker der deutschen Kolonialtruppen im Herero-Krieg als das zu bezeichnen, was sie waren – Völkermord. Schon 2012 hatte Frank-Walter Steinmeier als SPD-Fraktionschef in einem Oppositionsantrag gefordert, den Genozid offiziell beim Namen zu nennen. Auch Linke und Grüne zeigen sich solidarisch mit den Opfern, indem sie im Bundestag entsprechende Anträge einbringen. Theoretisch gibt es im Parlament eine rot-rot-grüne Mehrheit für die politische Aufarbeitung der Kolonialzeit, in der Praxis aber bleibt das Thema hauptsächlich ein Steckenpferd der Opposition.

Vor allem das Engagement namibischer Aktivisten und ihrer hiesigen Unterstützer hat dazu geführt, dass sich hierzulande Medien und Politik ab und an mit der Kolonialgeschichte in Südwafrika befassen. Im Fall der Beziehungen zwischen Deutschland und Tansania ist es dagegen relativ ruhig – auf beiden Seiten. Das Auswärtige Amt setzt auf die leisen Töne in der historischen Aufarbeitung: Der deutsche Botschafter in Tansania besucht Gedenkfeiern für die Opfer des Kolonialismus, das Außenminis-

terium unterstützt gemeinsame Forschungsprojekte zum Thema. Impulse für die aktive politische Aufarbeitung der Kolonialzeit gehen davon aber kaum aus.

Auch die Regierung Tansanias zeigt wenig Interesse, die Kolonialgeschichte bei bilateralen Gesprächen kritisch zur Sprache zu bringen. Womöglich will man keine Verstimmungen riskieren, um die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zu gefährden – steht man doch in finanzieller Abhängigkeit zur Bundesrepublik.

Die Angehörigen der Opfer dringen nicht durch mit ihren Anliegen wie der Forderung nach direkter Entschädigung oder der Rückgabe menschlicher Überreste. Diejenigen tansanischen Stimmen, die heutzutage koloniale Projekte wie den Schul- und Eisenbahnbau in Ostafrika loben, werden hierzulande dagegen gerne zitiert. Dass sich der Autobahnbau nicht als Antwort auf die Frage nach den Verbrechen der Nationalsozialisten eignet, ist den allermeisten klar. In der Diskussion um die Kolonialzeit in Afrika wird hingegen häufig versucht, die von Deutschen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu relativieren, indem man auf koloniale Infrastrukturprojekte verweist.

Für einen angemessenen Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit bedarf es Bemühungen in verschiedenen Bereichen, sowohl außen- als auch innenpolitisch. Auf der diplomatischen Ebene kann man sich wünschen, dass Deutschland aktiv an die

*Verantwortung übernehmen* Versöhnung herangeht und von sich aus die Kolonialverbrechen anspricht. Zu einem freundschaftlichen Verhältnis, bei dem sich beide Partner auf Augenhöhe begegnen, gehört das dazu. Viele Angehörige der Opfer fordern an erster Stelle eine umfassende Anerkennung der Schuld und eine offizielle Entschuldigung. Dabei geht es ihnen nicht um Geld, sondern darum, dass den betroffenen Gruppen Gehör geschenkt wird, ihre Wünsche nach Wiedergutmachung berücksichtigt werden. Speziell im Fall der ehemaligen Kolonien, aber auch in Bezug auf Afrika allgemein, sollte ein wirklich gleichberechtigter Dialog das Ziel sein, der über Wirtschafts- und Sicherheitspolitik hinausgeht, jenseits des undifferenzierten Bildes, das wir oft von unserem Nachbarkontinent haben.

Auch innenpolitisch muss sich weiter etwas bewegen, will man einen würdigen Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit erreichen. Manche SPD-Ortsvereine unterstützen bereits Bemühungen, Straßen mit kolonialen Namen umzubenennen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie »Berlin Postkolonial« oder die »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« fordern ein zentrales Denkmal für die Opfer des Kolonialismus, um in der Gesellschaft das Bewusstsein für das schwere deutsche Erbe auf dem afrikanischen Kontinent zu schaffen. Dazu gehört auch, der Kolonialzeit im Schulunterricht mehr Raum zu geben und weiterhin bestehende kolonial-rassistische Stereotypen in den Unterrichtsmaterialien zu tilgen. Die deutschen Museen sind gefordert, die Provenienz ihrer Exponate zu klären und aus ehemaligen Kolonien geraubte Kulturgüter und menschliche Überreste zurückzugeben.

Verantwortung übernehmen, so der Vorschlag von Aktivisten, könnte eine Bundesstiftung, die sich der gesellschaftlichen und politischen Aufarbeitung des Kolonialismus widmet. Dies könnte ein deutlicher Impuls für das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft sein, denn auch der heutige Rassismus wurzelt in den Vorstellungen und Klischees der Kolonialzeit.



**Paul Starzmann**

ist Afrikanist und Ethnologe. Er hat seine Doktorarbeit im Fach Afrikawissenschaften geschrieben und ist ehemaliger Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

*PStarzmann@gmx.de*